



Noch Fragen? Alle Bilder in diesem Beitrag stammen aus dem Projekt «[Deutschland im Herbst](#)» von Felix Adler.

## Feindbild Grüne

Grünen-Bashing ist in Deutschland zu einer Art Volkssport geworden. Was steckt hinter dem militanten Trend?

Von Matthias Quent, 14.03.2024

Ein deutlicher Rechtsruck stellt derzeit viele Demokratien vor die Zerreissprobe. Auch in Deutschland zeigen sich Spaltungstendenzen zwischen zwei Polen in diesen Wochen besonders harsch.

Auf der einen Seite stehen die Grünen, stellvertretend für das kosmopolitische und liberale Lager, auf der anderen Seite die AfD, stellvertretend für das nationalistische und autoritäre Lager. Dabei müssen die Rechts-

extremen oft nicht einmal selbst in die Debatten-Arena steigen. Mentalität, Stimmung, Rhetorik und Radikalität in Debatten und bei Protestaktionen entsprechen der Wutstrategie der Partei auch so.

Blockaden und gewaltsame Proteste gegen grüne Politikerinnen, Einschüchterungen, Hassbotschaften und Morddrohungen: Keine andere Partei ist in Deutschland derzeit so sehr Zielscheibe radikalisierte Aufhetzung wie die Grünen. Im Jahr 2023 registrierte das Bundeskriminalamt 1219 strafbare Angriffe auf Repräsentantinnen der Grünen und 224 Attacken auf deren Einrichtungen: mehr als bei allen anderen demokratischen Parteien zusammen (gegen Repräsentanten der AfD gab es 478 Angriffe).

Einige Schlagzeilen der letzten Zeit:

«Aggressive Stimmung gegen die Grünen»

«Grüne im Landkreis Bamberg müssen Veranstaltung abbrechen»

«Grüne sagen Auftritte wegen Protesten ab – mehrere Polizisten verletzt»

«Angriff auf Grünen-Kandidat: Polizei geht bei Gewalttat von politischem Motiv aus»

«Drohanrufe von angeblichen Landwirten: Neujahrsempfang der Grünen Cochem-Zell abgesagt»

«Morddrohung und Beleidigungen: Neue Hass-Welle gegen Grüne im Vogtland»

«Robert Habeck verschiebt Backnang-Besuch: Absage lässt Querdenker jubeln»

«Drohkulisse: Neujahrsempfang der Grünen gestört»

«Bauern stören Veranstaltung mit Ricarda Lang»

«Grüne in Elsdorf werden bedroht – Harke mit Warnbotschaft»

«Kondome, Eierwürfe, Autobeulen: Angriffe auf grüne Politiker»

«Kugel in den Kopf: Grünen-Politiker in Schweinfurt bedroht – Polizei stellt bei Durchsuchung Schreckschusswaffe sicher»

«Wütende Bauern blockieren Fähre mit Robert Habeck»

«Eklat in der Mittagspause: Hat AfD-Politiker zwei Grünen-Abgeordnete bedroht?»

«Landau: Grünen-Politiker Lukas Hartmann zuhause von Unbekanntem bedroht»

Das sind Alarmsignale für die politische Kultur und ein schlechtes Vorzeichen für die anstehenden Wahlen.

Wer mit der Politik der Grünen unzufrieden ist, könnte in der Sache widersprechen und sein Kreuz einfach anderswo machen. Dass die Grünen allerdings als einzige Regierungspartei in Umfragen relativ stabil dastehen, fällt offensichtlich nicht nur einigen Landwirten schwer zu akzeptieren – auch Politiker, vorwiegend aus der Union, steigern den Druck auf die Grünen über die Grenzen politischer Kontroversen hinaus. Am politischen Aschermittwoch sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) unter anderem: «Die Grünen machen so viel Mist. Eigentlich müssten die selbst unter die Düngeverordnung fallen.» Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wurde letztes Jahr bei Äusserungen über seine grünen Koalitionspartner persönlich: «Ich kann diese Leute vielleicht nicht sonderlich leiden und ich mag ihre Lebensart nicht.»



Manche Äusserungen mögen politisch begründbar oder taktisch motiviert sein, aber vom Stil der antigrünen Polarisierung profitieren letztlich vor allem die Rechtsextremen.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass Programm und Sympathisantinnen von AfD und Grünen am weitesten voneinander entfernt sind und sich antagonistisch gegenüberstehen. Eine Studie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt fand aber auch eine Gemeinsamkeit: AfD- und Grünen-Wählende ziehen sich am stärksten in relativ homogene Blasen Gleichgesinnter zurück – «soziale Homophilie» nennen Soziologinnen diesen Effekt: 50 Prozent der potenziellen AfD-Wähler berichten laut der Studie, dass sich ihre Bekanntenkreise «überwiegend aus AfD-Sympathisant:innen zusammensetzen». Bei den potenziellen Grünen-Wählerinnen seien es sogar 62 Prozent.

Die beiden Milieus unterscheiden sich grundlegend nach politischen Einstellungen, Erfahrungen und Emotionen. Ganz neu sind solche Polarisierungen freilich nicht: Zwischen Arbeiterinnen und Bürgerlichen dürfte es in weiten Teilen des vergangenen Jahrhunderts nicht anders ausgesehen haben. Den heutigen Entwicklungen liegen jedoch veränderte Rahmenbedingungen zugrunde. Durch die Bildungsrevolution wurden zum einen soziale Ungleichheiten reproduziert, zum anderen ist das tendenziell grün orientierte Bildungsmilieu massiv gewachsen und nimmt weiter zu. Aber auch die Folgen neoliberaler Globalisierung und Anerkennungsverluste für Arbeiter, Handwerkerinnen und Landwirte spielen hier eine Rolle – und werden hemmungslos politisch ausgebeutet. Vom äussersten rechten Rand. Aber zunehmend auch von Parteien und Politikerinnen, die sich gerne als Stimme der Mitte geben.

Es geht also um zweierlei: darum zu verstehen, woher das Feindbild Grüne ursprünglich kommt. Und zweitens darum, die Gründe zu benennen, warum derzeit aus so vielen Richtungen Grünen-Bashing betrieben wird.

## 1. Die Grünen als Feindbild von AfD und Co.

Um den Aufwind der äussersten Rechten und den gleichzeitigen Gegenwind für die Grünen zu verstehen, muss man die rechtsextremen Hegemoniestrategien berücksichtigen, die durch die AfD und ihr Vorfeld, verbreitet durch Social Media und verstärkt durch den russischen Informationskrieg, seit Jahren ihre Wirkung entfalten.

Die «Frontlinie» verlaufe klar zwischen AfD und Grünen, hat der neurechte Aktivist Götz Kubitschek im Januar 2019 geschrieben. Seither hat er das rechtsextreme Lager immer wieder auf die Bekämpfung der Grünen eingeschworen.

Bei den Bundestagswahlen 2021 sahen sich die Grünen einem bis dahin nicht gekanntem Negativ-Campaigning von rechts aussen ausgesetzt. Mit massenhaften Wahlkampfplakaten von anonym agierenden Urhebern wurde deutschlandweit gegen die Grünen gehetzt. Die Partei und besonders ihre Spitzenkandidatin Annalena Baerbock wurden auf Social Media mit Falschinformationen und frauenfeindlicher Agitation überzogen.



Die Spuren hinter der Kampagne führen, wenig überraschend, in die rechtsextremen Netzwerke zwischen Identitärer Bewegung und der AfD-

– sowie zu den undurchsichtigen Machenschaften von David Bendels. Bendels wurde schon im AfD-Spendenskandal als Brückenfigur zu reichen Geldgebern, der Schweizer PR-Agentur Goal AG und den deutschen Rechtsextremen identifiziert. Die äusserste Rechte hat die Gegnerschaft zum grünen Lager schon zum *unique selling point* ausgebaut, als Konservative, Liberale und Sozialdemokraten noch die Klimaaktivistinnen umgarnt, Bäume umarmt und ökologische Zukunftscoalitionen gesponnen haben. Zumindest rhetorisch sind alle demokratischen Parteien auf einem grünen Transformationskurs, auch wenn die tatsächlichen Aktivitäten allen wissenschaftlichen Begutachtungen zufolge nicht annähernd ausreichen. Doch offensiv stellt allein die AfD den industriegemachten Klimawandel und die ökologische Transformation als solche infrage.

Wenn also immer wieder auch die Mitteparteien auf antigüne Polemik setzten und mit Framings wie «ideologisch getrieben» von der Krisenhaftigkeit der Erderhitzung ablenken, dann galt und gilt dabei: Wie schon in der Migrationsfrage steht das schärfste antigüne «Original» rechts aussen. Es ist deshalb kein Zufall, dass das antigüne Poltern – auch aus den demokratischen Parteien – vor allem bei den ohnehin schon Radikalisierten auf Resonanz stösst. Sie verhindern nun mit Gewalt grüne Veranstaltungen, greifen Politikerinnen an und fluten das Netz mit Håme und mit Hass.

Wenn inmitten einer solchen Atmosphäre Politiker wie Markus Söder in dasselbe antigüne Horn stossen und hinterher versuchen, sich damit rauszureden, dass die Grünen und ihre Politik doch selbst der Anlass für Kritik und Frust seien, ist das ein Nullargument. Zum einen, weil es sich für die Politik aller Parteien anbringen liesse, insbesondere jene der regierenden Ampelkoalition. Zum anderen und vor allem, weil die Enthemmung und Radikalisierung bis zur Gewalt damit nicht zu erklären und schon gar nicht zu rechtfertigen ist.

Die feindselige Stimmung ist auch deshalb so verstörend, weil Deutschland keineswegs in der gleichen Weise polarisiert ist, wie man das aus den USA kennt.

Die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser haben die Unterschiede kürzlich in ihrem Buch «Triggerpunkte» anschaulich gemacht. Brächte man die gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA in ein Schaubild, würde dieses einem Kamel åhneln: Wie zwei Höcker stehen sich zwei weltanschauliche Lager relativ unverbunden gegenüber, mit einer grundlegend verschiedenen Werteorientierung. Deutschland, so zeigen die Forscher, sei demgegenüber viel eher eine «Dromedargesellschaft»: mit einem Höcker relativ hoher Übereinstimmungen, die in weiten Teilen der Gesellschaft geteilt werden – und dann gibt es die ausfransenden Ränder. Zu stark polarisierten Debatten komme es aber immer wieder mit Blick auf einzelne Reizthemen, die von «Polarisierungsunternehmern» (insbesondere der äussersten Rechten) massiv befeuert werden. Die AfD betreibt strategisch jene «affektive Polarisierung», die nicht auf das Verhandeln sachlicher Differenzen, sondern auf das Schüren von Hass setzt.

Gerade den grossen Parteien Union und SPD kommt eine grosse Verantwortung bei der Vermittlung zwischen den Polen zu: Sie müssen bei strategisch polarisierten Debatten die Regeln einer demokratischen Diskussionskultur vorleben und verteidigen. Und sie müssen dem Schüren von Ressentiments, Gewalt und antidemokratischer Radikalisierung unmissverständlich entgegenreten. Selbstverständlich kann und soll man auch die Grünen und ihre Positionen radikal kritisieren – aber in der Sache, nicht in der Rhetorik der Verhetzung. Und problematisch wird es auch dort, wo Delegitimierung von Regierung und Staat betrieben wird – etwa wenn



Markus Söder die grüne Umweltministerin Steffi Lemke mit der SED-Ministerin Margot Honecker vergleicht, als sei die Bundesrepublik eine grüne Diktatur, wie es Antidemokratinnen und Verschwörungsideologen massenhaft im Internet behaupten.

## 2. Volkssport Grünen-Bashing

Nach missbilligenden bis abfälligen Äusserungen über die Grünen muss man jedenfalls nicht lange suchen. Wenn es zu gewaltsamen Angriffen auf Parteimitglieder kommt, wird hingegen allzu oft geschwiegen.

So ist Grünen-Bashing mittlerweile auch im demokratischen Spektrum zu einem Volkssport geworden.

Dafür dürften vor allem die folgenden Gründe ausschlaggebend sein.

1. **Selbstdarstellung:** Wenn Politikerinnen sich als besonders volksnah und elitenfern geben wollen, tun sie das gerne, indem sie alle möglichen Stereotype auf die grüne Partei projizieren. Sie wird dann mit kräftig populistischem Einschlag als elitär, als Verbotspartei, als ideologisch und unqualifiziert dargestellt. So möchte man den populistischen Ressentiments gegen «die da oben» entkommen, zu denen man ja selbst gehört. Anders gesagt: Mit Grünen-Bashing kann man billig an die Unzufriedenheit in der Bevölkerung andocken. Zwar haben sich die Grünen in vielen Politikfeldern, wie Migration und Klima, in der Ampelkoalition alles andere als ideologisch gezeigt – sondern häufig auch gegen eigene Überzeugungen Kompromisse geschlossen. Aber Realität und Ressentiment führen ohnehin bestenfalls eine Fernbeziehung.
2. **Fischen im AfD-Teich:** Mit dem Einprügeln auf die Grünen wollen vor allem Konservative die Sympathisantinnen der AfD erreichen. Das wirkt auch – aber anders als erwünscht: Es bestätigt in der Wählerschaft nur die neurechten Ideologen, die seit jeher behaupten, das Volk werde von einer kleinen elitären Minderheit manipuliert. Stück für Stück werden so rechtsextreme Narrative normalisiert und die AfD als eine vermeintliche «Protestpartei» geadelt, die «denen da oben» als einzige wirklich einen Denkmittel verpasst. Vom vermeintlichen Protest zum Stärken des Rechtsextremismus ist der Weg allerdings nicht weit: Die AfD ist extrem erfolgreich, durch ständige Emotionalisierung und Dämonisierung ihre Sympathisanten zu aktivieren und in ihrem Sinne zu radikalisieren.
3. **Ablenken:** Mit dem Feindbild Grün lässt sich leicht von der eigenen Konzeptlosigkeit bei der sozial-ökologischen Transformation ablenken. Stillschweigend hat sich eine neue Normalität durchgesetzt, in der die Politik längst akzeptiert zu haben scheint, dass die nationale wie globale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel nicht mehr erreicht. Auf der schiefen Ebene, auf der sich die Weltgesellschaft befindet, wird auch das derzeit wahrscheinliche Verfehlen von 2 oder 2,5 Grad und das Erreichen katastrophaler Kipppunkte politisch mit Verweis auf Wohlstand und Harmonie gerechtfertigt werden. Also heisst es: *Don't look up* und *Kill the messenger*. Auch wenn die Grünen eher symbolisch als durch ihre tatsächliche Politik für radikalen Klimaschutz stehen.
4. **Machtkalkül:** Weil die Grünen in den letzten Jahren bis weit in die bürgerliche Mitte hinein beachtliche Gewinne erzielt haben (inklusive Option aufs Kanzlerinnenamt) und weil sie insbesondere mit Robert Habeck durch einen neuen Kommunikationsstil die politische Kultur verändern, geht es bei der Dämonisierung der Grünen auch um die Einhegung der grössten politischen Konkurrenz in der Mitte. Mit der zunehmenden Krisenhaftigkeit des Klimawandels werden Extremwetterereignisse und Klimakatastrophen immer wahrscheinlicher – auf lange Sicht dürften die Grünen davon politisch profitieren. Auch auf die

gegenwärtige regressive Phase folgt irgendwann sehr wahrscheinlich wieder eine progressive (oder eben eine autoritäre, die die Möglichkeiten von Demokratisierung grundlegend einschränkt). Darum müssen die Grünen immer schärfer als abgehoben, ideologisch, weltfremd und volksfern dämonisiert werden – jedenfalls so lange, bis man sie als Koalitionspartner braucht.

5. **Aufmerksamkeitsgarantie:** Gepfefferte Aussagen gegen die Grünen sind in der gegenwärtigen Medienlandschaft leider eine ziemliche Garantie für Talkshow-Einladungen. Politische Polarisierung ist ein ökonomischer und medialer Markt um Aufmerksamkeit. Im verbalen Wettkampf um die deftigsten Vorwürfe und Thesen können Demokratinnen nie gegen Extremisten gewinnen. Wenn sich Demokraten aber auf dieses sachferne Spiel einlassen, tragen sie sehr wohl dazu bei, den Raum des Sagbaren zu weiten – auch in Richtung Hass gegen politische Gegner.



Nun muss es der politischen Konkurrenz nicht in erster Linie um das Wohl der Grünen gehen. Es würde reichen, zu verstehen, dass alte parteitaktische Muster nicht mehr taugen in einer Welt, in der destruktive rechtsradikale Kräfte auf rhetorische Zuspitzung und politische Feindbilder setzen. Ihr vorrangiges Ziel ist es nicht, die Grünen zu vernichten, deren Milieu im Vergleich aller Parteien ohnehin am stärksten immun für den Rechtsradikalismus ist. Es geht der neuen Rechten vielmehr darum, die Union (und auch die Liberalen) zu zerstören, zu ersetzen oder so weit nach

rechts zu drücken, dass sie zentrale Programmatiken der äussersten Rechten übernehmen.

«*When they go low, we go high*», hiess einst die Antwort von Michelle Obama auf die planvolle Zerstörung des politischen Diskurses. Für die Bundesrepublik wäre einstweilen schon viel gewonnen, wenn sich in den demokratischen Parteien alle darin einig wären, beim spaltenden Niveaulimbo nicht mitzuspielen.

---

### Zum Autor und zum Fotografen

Matthias Quent ist Professor für Soziologie und Vorstandsvorsitzender des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er forscht unter anderem zu Rechtsextremismus, Demokratie und gesellschaftlichem Wandel. Sein Buch «Deutschland rechts aussen» stand auf der «Spiegel»-Bestseller-Liste und wurde mit dem Preis «Das politische Buch 2020» der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet. Zuletzt hat er gemeinsam mit Christoph Richter und Axel Salheiser das Sachbuch «Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende» veröffentlicht. Für die Republik schrieb er zuletzt den grundlegenden Essay «Deutschland kippt nach rechts».

Der Fotograf Felix Adler lebt in Leipzig. Die Bilder zu diesem Beitrag stammen aus dem Projekt «Deutschland im Herbst», bei dem Adler die Proteste des rechten Flügels in Ostdeutschland dokumentiert hat.